

Reisebericht: Afghanistan (Kabul) vom 9. bis 13. September 2011

MdB Hans-Christian Ströbele
mit Mitarbeiterin Katrin Schmidberger und Dolmetscherin Nadia Nashir Karim



Christian Ströbele mit VertreterInnen des afghanischen Frauenvereins am 11.9.2011

Ziel der Reise und Bilanz

Es gibt eine Chance für ein Ende des Krieges: „Taliban wollen verhandeln.“

Nach anderthalb Jahren bin ich erneut nach Afghanistan gereist, um aktuelle Eindrücke und Meinungen zur derzeitige Sicherheitslage im Land, insbesondere in Kabul, zu erfahren. Ich wollte Einschätzungen zu den Aussichten für die Herstellung von Sicherheit bis Ende 2014 hören. Und ich wollte wissen, welche Möglichkeiten und Erfolgsaussichten für Verhandlungen mit den Aufständischen gesehen werden.

Auf der letzten Reise war ich überwiegend beim Militär in Mazar-i-Scharif, Kunduz und Kabul. Jetzt wollte ich vor allem hören und erleben, wie sich aus der Sicht der Bevölkerung die Sicherheitslage entwickelt hat und wie deren Prognose ist

Diesmal bin ich als Besucher zivil eingereist und habe mich meist mit dem Taxi in der Stadt bewegt, nicht im gepanzerten Fahrzeug, ohne kugelsichere Weste, ohne militärische oder BKA-Begleitung. Nur meine Mitarbeiterin und die afghanische Dolmetscherin waren stets dabei.

Mit zwei Dutzend Menschen aus der afghanischen Gesellschaft habe ich gesprochen. Es waren Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft, aus politischen Gruppen, aus Wissenschaft und Bildungspraxis, aber auch aus Parlament und Regierung.

Sicherheitslage dramatisch schlechter – die Menschen haben Angst

Alle mit Ausnahme der Regierungsvertreter beurteilten die Sicherheit in Afghanistan dramatisch schlechter als im letzten Jahr. Die meisten äußerten konkret Angst um ihr Leben sowie das ihrer Familienangehörigen. Einige sagten, sie könnten nachts nicht schlafen. Sie fürchteten, Opfer von Gewalt zu werden. Die Mitarbeiter der deutschen Botschaft wohnen auf dem Botschaftsgelände hinter dicken Betonmauern. Diese Mitarbeiter und die der deutschen NGOs und Firmenvertretungen dürfen an bestimmten Tagen nicht in die Stadt. Sie sollen Kabul nicht verlassen. Gesprächspartner sind der Meinung, die Taliban seien nicht besiegt oder verschwunden, sondern könnten nahezu überall zuschlagen, besonders in Kandahar, aber auch in Kabul.

Anschläge in der Festung des Diplomatenviertels

Wie zur Bestätigung dieser Einschätzungen gab es am letzten Tag meines Aufenthalts in Kabul mehrere Selbstmordattentate und den Angriff auf die US-Botschaft im zur Festung ausgebauten, angeblich sicheren Diplomatenviertel. Die Feuergefechte dauerten zwanzig Stunden an. Wir befanden uns zu dieser Zeit wenige hundert Meter entfernt im Hotel und konnten die Hubschrauber bei ihren Einsatzflügen hören und sehen. Angekündigte Besuche von Gesprächspartnern konnten nicht oder erst verspätet stattfinden, weil ganze Stadtviertel von den Sicherheitskräften abgeriegelt waren. Eine Frau musste ihren Angaben zufolge 40 Kontrollen passieren, bis sie bei uns im Hotel war.

Sicherheitslage 2014 nicht besser

Die Erwartungen und die Voraussagen für die Situation Ende 2014 im Land und in Kabul sind nicht besser. Niemand äußerte die Hoffnung oder gar Gewissheit, dass dann die Sicherheit im Land wirksamer garantiert sei. Die Einschätzungen zur Zuverlässigkeit und Kampfkraft der von der NATO ausgebildeten afghanischen Soldaten und Polizisten waren negativ. Diese seien nicht motiviert und wollten nicht für eine korrupte Regierung ihr Leben einsetzen. Die Aufständischen würden in kurzer Zeit wieder die Macht haben. Einige Gesprächspartner fürchten das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges. Die Taliban würden sich dann letztlich in den größten Teilen des Landes durchsetzen.

Die meisten äußerten große Hoffnungen auf die Konferenz „Bonn II“. Sie erwarten als Ergebnis sogar eine neue, bessere Regierung und ein Ende der Korruption, manche auch Sicherheit im Land und Frieden.

Verhandlungen mit den Aufständischen befürworten fast alle

Alle bis auf eine Abgeordnete befürworteten Verhandlungen mit den Taliban. Sogar der Abgeordnete, der sein Leben ständig konkret von Taliban bedroht weiß, suchte uns extra im Hotel auf, um zu bitten, dafür zu sorgen, dass Taliban an der Konferenz „Bonn II“ teilnehmen können. Er zeigte sich enttäuscht, als ich ihm erklärte, wir hätten keinen Einfluss darauf, wer eingeladen wird.

Von allen Gesprächspartnern wurden Verhandlungen mit den Aufständischen befürwortet oder gar dringend gefordert. Immer wieder hörten wir Beispiele, dass Vereinbarungen mit örtlichen Taliban von diesen auch eingehalten gehalten wurden. So konnte nicht nur der Betrieb von Mädchenschulen, sondern auch zeitweiliger Waffenstillstand in einer Region sichergestellt werden, bis US-Truppen zuschlugen und die Vereinbarung zunichte machten.

Sowohl die ehemaligen Vertreter des früheren Talibanregimes als auch die von *Hizb-e-Islami* nannten als wichtigste Voraussetzung für die Beteiligung von Aufständischen an Verhandlungen verlässliche Garantien für deren persönliche Sicherheit, für ihr Leben. Uns wurde berichtet, dass ehemalige Taliban, die an Gesprächen mit der Regierung beteiligt waren, anschließend von US-

Soldaten getötet wurden. In einem Fall soll der Verhandler zu Hause abgeholt, im Beisein seiner Familie und von Nachbarn an die Wand gestellt und erschossen worden sein.

Offensivoperationen und gezielte Tötungen beenden - Verhandlungen eine Chance geben

Nach den Gesprächen sehe ich eine Chance für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen in Afghanistan – für ein Ende des Krieges jetzt, nicht erst im Jahr 2014. Noch gibt es die Möglichkeit, Aufbauleistungen der letzten Jahre und Grundfreiheiten sowie Menschenrechte zu retten, auch die für Frauen in Ansätzen zu sichern.

Die Chance sollte genutzt und alles versucht werden.

Dazu müssen die militärischen Offensivoperationen sowie die gezielten illegalen Tötungen endlich beendet werden.

Die Gesprächspartner waren:

- vier neugewählte Parlamentsabgeordnete,
- der Außenminister und der Sicherheitsberater des Präsidenten,
- der deutsche Botschafter und Mitarbeiter der Botschaft
- Vertreter der Hekmatyar-nahen *Hizb-e-Islami* Partei
- zwei hohe Mitglieder des früheren Taliban-Regimes,
- zwei Frauenaktivistinnen und ein Juraprofessor (landesweit berühmte Vertreter der Zivilgesellschaft),
- ein Journalist, ein Menschenrechtsaktivist sowie
- der Leiter und zwei Lehrerinnen einer Mädchenschule in Ghazni,
- Vertreter einer Gesundheitsstation aus einem afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan bei Peshawar,
- der Sängerstar, der in den letzten Monaten Zehntausende von Jugendlichen auf Pop-Konzerten in Helmand und Mazar-e-Sharif mit Songs für den Frieden begeisterte.

Am Freitag, den 9. September flog ich mit meiner Mitarbeiterin Katrin Schmidberger und der Dolmetscherin, Frau Nadia Nashir-Karim (Vorsitzende des afghanischen Frauenvereins) mit der Ariana Airline von Frankfurt nach Kabul. Ankunft in Kabul um 5 Uhr morgens, direkt danach ins Hotel Serena.

(Einige Teile der Einzelgespräche konnten in die offene Fassung dieses Berichts nicht übernommen werden.)

10. September 2011:

Vormittags mit einem Privattaxi zu Mullah Abdulasalam Saaif

Er wohnt in einem bescheidenen Haus, das die Regierung zur Verfügung stellt, außerhalb der Innenstadt. Die Straßen sind nicht asphaltiert. Es ist staubig und heiß, als wir um 10 Uhr ankommen. Ein Polizeiposten in einem befestigten Unterstand vor dem Haus nimmt uns in Empfang. Unsere Taschen werden durchsucht. Die Schuhe müssen wir ausziehen.

Abdulasalam Saaif war Transportminister in der Taliban-Regierung und zuletzt Botschafter und Pressesprecher der Taliban in Pakistan. Dort wurde er nach Beginn des Krieges vom pakistanischen Geheimdienst festgenommen und an US-Truppen in Pakistan übergeben. Nach Verhören auf einem US-Kriegsschiff war er in Bagram und von 2001 bis 2005 in Guantanamo im US-Gefängnis. Er wurde immer wieder gefoltert und verhört. Schließlich wurde er nach Afghanistan entlassen, ohne je vor Gericht gewesen zu sein oder auch nur eine konkrete Beschuldigung erfahren zu haben. 2010 wurde er von der schwarzen UN-Liste gestrichen.

Er sagt, der Frieden müsse kommen, so könne es nicht weiter gehen. Zehn Jahre nach Kriegsbeginn habe sich die Situation verschlimmert. Es sei Zeit für Verhandlungen, für eine politische Lösung. Es müsse verlässliche Abmachungen geben. Afghanistan habe 30 Millionen Einwohner, davon könnten 15 Millionen aus Angst nachts nicht schlafen. Politische Lösungen brauchten Prinzipien, diese müssten eingehalten werden. Die heutige Situation sei schlimmer als damals, während die Sowjets da waren.

Er selber könne keine Nacht schlafen und werde überwacht. Er fühle sich nicht sicher. Die anderen, die keinen Schutz hätten, müssten noch viel mehr Angst haben: „Mit was für einem Recht nehmen sie uns unser Leben!“ Er habe Wachen und werde von den USA und der afghanischen Regierung beschützt, aber andere nicht.

Dann schildert er einen Mordfall vor einigen Wochen in Jalalabad.

Er bemühe sich mit zehn anderen ehemaligen Gefangenen um die Freilassung der noch Inhaftierten aus Guantanamo. Seine Gruppe sei zu Präsident Karzai gegangen und habe dort ihr Anliegen vorgetragen. Anschließend sei einer von ihnen (Saber Lol) festgenommen und in Handschellen ins Gefängnis gebracht worden. Sie hätten sich bei Karzai beschwert. Da habe man den Festgenommenen nach sieben Tagen entlassen. Der sei nach Hause in sein Dorf gefahren. Dann seien US-Soldaten in sein Haus gekommen und hätten ihn gefesselt mitgenommen. Unten vor dem Haus sei er an die Wand gestellt und erschossen worden. Seine Familie, Frauen und Kinder, und Dorfbewohner standen dabei. „Dr. King“, eine Art Dorfältester, der bei dem Gespräch mit Saaif anwesend ist, bestätigt den Vorfall. Darüber sei auch in den Medien berichtet worden. Beim Gouverneur lägen die Beweise. Saaif sagt, er sei gestern wieder bei Präsident Karzai gewesen und habe Aufklärung der Tötungsoperation verlangt: Karzai habe ihm versichert, er werde eine Kommission beauftragen.

Danach seien US-Soldaten mit Panzern und anderem Kriegsgerät vor seinem Haus erschienen und hätten Einlass begehrt. Er und seine Wache hätten dies verweigert. Sie riefen bei Karzai an und baten um Hilfe. Erst daraufhin seien die Soldaten verschwunden.

Alle wollten Frieden, dieses Land sei zerstört, sie wollten eine islamische, unabhängige Regierung. Voraussetzung für Gespräche sei, dass die Taliban nicht als Terroristen verurteilt werden, Herren in ihrem eigenen Land seien, frei und unabhängig und gleichberechtigt am Tisch sitzen. Die wichtigste Frage sei, wer garantiert ihr Leben? Die Regierung habe nicht die Macht im Land und nichts zu sagen.

Auf die Frage, ob Verhandlungen über einen Waffenstillstand zunächst im Norden, im deutschen Verantwortungsbereich möglich seien, sagt er, man habe sogar diesen Vorschlag gemacht, aber dann seien die Amerikaner dorthin gekommen und hätten angefangen zu bombardieren. Dann sei auch dort Krieg gewesen. Die Deutschen könnten nichts dafür. Aber die Taliban würden sich danach eben wehren und alle angreifen.

Auch in Helmand sei mal ein Waffenstillstand mit den Briten geschlossen worden. Die Taliban hätten darauf das Dorf verlassen, für das Waffenstillstand vereinbart wurde. Dann hätten die USA die Stellungen der Taliban bombardiert. Erst darauf hätten die Taliban dieses Dorf angegriffen und eingenommen.

Auf die Frage, wer denn verhandeln könnte, sagte er, es gebe keine einzelne Person, die die Taliban vertreten könne. Es müsse schon eine Gruppe sein. Die Taliban würden sich zur Zeit beraten und dann eine Gruppe auswählen, die verhandeln könne. Die Probleme seien zu kompliziert, als dass nur eine Person sie lösen könne. Es sei sehr schwierig, jemanden zu finden. Schon oft seien Vermittler getötet worden. Keiner garantiere das Leben dieser Leute. So seien Verhandlungen nicht möglich.

Auf die Frage nach der Rolle Pakistans sagte er, ohne Pakistan gehe es nicht. Aber die USA und die Europäer müssten zunächst mit den Afghanen, nicht mit den Nachbarländern, verhandeln.

Pakistan mache seine eigene Politik. Es benutzte die beiden Länder – USA sowie Afghanistan. Die Nachbarn dächten nur an sich und handelten nur zu seinem Vorteil. Die einzige Chance sei, Verhandlungen mit den Afghanen direkt zu beginnen. Die Nachbarn müsse man dann einbinden und ihnen zeigen, dass es nicht zu ihrem Nachteil sei, wenn es in Afghanistan Frieden gibt. Unter den Afghanen gebe es ganz viele, die die Verhandlungen torpedieren. Die verdienten 15 Millionen US-Dollar im Monat am Krieg und wollen alles tun, um den Krieg zu verlängern.

Er habe jetzt zwei Schulen, davon ein Internat mit 500 Schülern (150 davon Mädchen). Das Internat sei für Waisenkinder. Die andere Schule sei eine Koranschule. Die Kinder lernten auch Naturwissenschaften wie Biologie. Die Schule sei angegliedert an das Erziehungsministerium, der Lehrplan sei an die Vorgaben des Ministeriums angeglichen. Schule sei von 7 bis 12 Uhr mit normalen Fächern, danach gebe es Religionslehre. Die Schulen hätten unterschiedliche Orientierungen. Außerdem habe er ein Buch geschrieben.

Er erklärt sich damit einverstanden, dass sein Name genannt wird.

Inzwischen hat er sich gemeldet und den Mord noch einmal geschildert bzw. Informationen dazu geschickt.

Gespräch mit dem Abgeordneten Dr. Ramazan Bashardost

Im Parlamentsgebäude trafen wir Herrn Bashardost, der uns schon von dem Besuch in Kabul im letzten Jahr bekannt war. An dem Gespräch nahm noch der Mitarbeiter der deutschen Botschaft, Herr Ramge, teil. Mit zwei gepanzerten Botschaftsfahrzeugen fuhren wir zu dem Termin, der von der Botschaft vereinbart worden war.

Bashardost beschwert sich über die schlechte Parlamentsarbeit vieler seiner Kollegen und zu wenig Plenarzeit sowie über die zu großen Kompetenzen der Regierung. Das vor einem Jahr neu gewählte Parlament habe bisher noch kein Gesetz beraten, sondern befasse sich mit sich selbst. Gerade seien neun Abgeordnete wegen Verdachts der Wahlmanipulation ausgeschieden. Er sei fast der Einzige, der richtig gewählt wurde. Die anderen hätten Geld gegeben und seien so ins Parlament gekommen. Alles sei gefälscht. Die Sicherheitslage habe sich weiter verschlechtert, trotz der jahrelangen Truppenaufstockungen.

Die Bevölkerung fürchte jeden Tag Selbstmordattentate. Regierungsmitglieder wie Karzai fürchteten die eigenen Soldaten. Wenn sie vor ihnen stünden, schauten sie auf jedes Gewehr, ob es auf sie gerichtet ist. Bis 2004 waren es 25.000 Soldaten. Da habe er noch mit Journalisten überall hingehen können. Jetzt seien vier bis fünf Provinzen um Kabul herum in der Hand der Taliban. Der Gouverneur sitze im Büro und könne es nicht verlassen. Mehr Soldaten bedeuteten nicht mehr Sicherheit. Es gebe eine hundertprozentige Chance für Verhandlungen. Der Grund des Krieges sei nicht Krieg mit Mullah Omar. Die Taliban hätten gesagt, sie hätten keine Feindschaft mit den ausländischen Soldaten. Aber die NATO hätten die Gouverneure gebracht, die ihr Land wegnehme und Söhne und Töchter vergewaltige. Ihre Kultur verlange, dann Rache zu nehmen. Man habe nicht die Mörder der Taliban in die Regierung nehmen dürfen. Sie müssten Rache nehmen. Er selbst sei durch 27 Provinzen gereist. Keiner habe ihm etwas getan.

Auch die Korruption sei ein Kriegsgrund. 18 Milliarden Dollar seien aus den USA nach Afghanistan gekommen, aber er frage, wo sie geblieben seien. Die Karzai-Regierung und die Internationale Gemeinschaft bekämen die Korruption nicht in den Griff.

Was sei nun die Lösung?. Die Steuergelder dürften nicht in die falschen Hände gegeben werden. Auch die deutsche Botschaft wisse davon. Sie solle dafür sorgen, dass sich das ändere.

Stattdessen lasse sich der deutsche Botschafter mit Dostum (General der Nordallianz) ein und habe sich im Zelt von diesem verabschiedet mit den Worten: „Sie haben viel für ihr Land getan, sie sind ein guter Mensch.“ Der französische Botschafter habe ihm vor vier bis fünf Jahren sogar einen Orden verliehen.

Er streitet mit mir darüber, was von Deutschland aus getan werden könne und solle, um die Korruption in Einzelfällen, in die auch Deutschland und deutsche Organisationen verwickelt sind, zu bekämpfen. Ich bitte um die Benennung konkreter Vorgänge und Vorwürfe, um Belege und Beweismittel. Er meint, das rauszukriegen sei nicht seine Aufgabe, sondern die der deutschen Stellen. Ich müsse diese dazu bringen. Das sei meine Aufgabe. Er beschreibt immer wieder korrupte Geschäftsabläufe; wie manipulierte Angebote abgegeben werden, auf deren Grundlagen dann die Geschäftsabschlüsse erfolgen. Ich wende ein, dass ohne konkrete Benennung der Geschäfte nach Zeit und Beteiligten Vorwürfen in Deutschland nicht nachgegangen werden könne. Er bleibt wohl etwas enttäuscht und unwillig zurück.

Gespräch mit der Abgeordneten Sha Gul Rezaie

Wir treffen sie im Hotel. Der Botschaftsmitarbeiter Ramge nimmt auch teil.

Sie sagt, die Sicherheitslage sei schlecht. Grund dafür seien nicht die ausländischen Soldaten, sondern die Selbstmordattentate. Die Internationale Gemeinschaft solle nicht sofort gehen. „Wir wollen in Zukunft nicht zurückgeworfen werden. Aber sie sollen nicht immer bleiben.“

Das Land brauche jetzt Hilfe. Es hätte zu wenig Soldaten und Polizisten.

Man müsse jetzt zwei Sachen zusammenbringen: Die Realitäten und die Meinung des Westens. Die Afghanen schafften es nicht, vollständig unabhängig zu werden. Polizei und Armee seien dazu nicht in der Lage. Die Sicherheitslage hänge auch von der Region ab. Es gebe aber auch Regionen, dahin könne sie fünf Mal im Jahr reisen, sogar in abgeschiedene Gegenden.

Der Internationalen Gemeinschaft fehle ein einheitliches Konzept. Es brauche eine internationale Lösung, da die Quelle des Terrors außerhalb Afghanistans sei. Für einen Dialog müsse die Sicherheitslage einigermaßen sicher sein. Daher lehne sie einen Abzug der internationalen Armeen derzeit ab. Druck auf die Nachbarländer sei notwendig. Bei einem Sofortabzug würden die Taliban zurückkehren, gerade in ihre Provinz (Ghazni). Der Abzug gehe nur langfristig.

Die Verfassung gebe der Regierung zu viel Einfluss. Das Parlament müsse gestärkt werden. Es habe Rechte, aber die Praxis sehe anders aus. Das Parlament stecke derzeit in einer Krise. Inzwischen gebe es Erfolge. Der Grund für die Krise seien die neun Abgeordneten von 249, die ihr Mandat aufgrund von Wahlfälschung nun verloren haben.

Drei Maßnahmen müssten parallel für den Frieden vorangetrieben werden, Schritt für Schritt:

1. Die internationale Gemeinschaft müsse einen Dialog mit den Nachbarländern für die Beendigung des Terrors führen.
2. Es müsse einen echten Versöhnungs- und Verfassungsprozess geben und einen Dialog mit den Aufständischen.
3. Es werde ein genauer Abzugsplan gebraucht.

In Pakistan sei die Sicherheitslage noch unsicherer. In Nuristan und Ghazni herrschten die Taliban nach wie vor. Solange Pakistan bzw. der pakistanische Geheimdienst nicht dem Friedensprozess zustimmten, würden die afghanischen Taliban keinen Friedensprozess beginnen können. Die Selbstmörder kämen aus Pakistan. Pakistan und Iran mischten sich ein.

Zum Schluss bricht es aus ihr heraus: „Die Taliban dürfen nicht töten und morden. Sie müssen die Frauen respektieren. Wir können nicht die Rechte der Frauen opfern für die Sicherheit. Frieden auf Kosten der Frauen darf es nicht geben. Kein Frieden ohne Gerechtigkeit.“ Das sei nicht nur Wunschvorstellung, sondern machbar.

Abends: Gespräch mit dem afghanischen Sänger Farhad Darya

Wir waren bei dem landesweit berühmten Sänger zum Abendessen eingeladen. Anwesend waren auch noch einige aus seinem Team, Dr. Petra Seidler (Managerin) und Christoph Weigand (Tontechniker) und der Journalist Ulrich Tilgner sowie Natasha Latiff und Shoaib Sabri (Cetena).

Sie erzählten begeistert von seinen Auftritten in Helmand und Mazar-e-Sharif. Sie berichteten, dass seine Songs politischen Inhalt haben und er in den Zwischenansprachen an das Publikum über den Weg zum Frieden im Land rede. Er werbe dafür, dass die jungen Afghanen die Angelegenheiten ihres Landes selbst in die Hand nehmen müssen und erhalte jubelnden Beifall dafür. Bei dem Konzert in Helmand vor einigen Monaten seien 40.000 junge Leute vor der Bühne im Freien versammelt gewesen und hätten den Sänger gefeiert. Uns wurde eine Video mit Aufnahmen des Konzerts gezeigt. Die Szenen erinnerten an große Rockkonzerte in Europa oder in Woodstock. Die Konzerte seien für das Publikum kostenlos gewesen. Die Taliban, die ab 16 Uhr nachmittags im Ort das Sagen haben, seien mit dem Konzert einverstanden gewesen. Vor einigen Wochen habe es ein ähnliches Konzert in Mazar gegeben, ausschließlich für Mädchen und Frauen. Es seien über 20.000 gekommen, die dem Sänger zujubelten. Auch d haben wir Video-Aufnahmen gesehen. Geplant sei für September ein solches Konzert in Kabul (dieses wurde aber inzwischen abgesagt wegen der jüngsten Anschläge).

Der Sänger versuche, durch seine Musik die Menschen zu ermutigen und zu unterstützen, für eine friedliche Zukunft einzustehen. Zudem habe er vor einem Jahr ein Projekt mit Waisen- und Straßenkindern im afghanischen TV gegründet, um auf deren Schicksal aufmerksam zu machen. Fürwahr ein alternatives Friedensschaffen.

Sonntag, 11. September 2011:

Eine Journalistin und Mitarbeiter des Projekts des afghanischen Frauenvereins in Kunduz konnten wegen der schlechten Sicherheitslage nicht anreisen. Es wird befürchtet, dass es am 11.9. zu Anschlägen komme.

Wir treffen einige Vertreterinnen des Afghanischen Frauenvereins aus Ghazni sowie von Projekten aus Pakistan (Peshawar) im Büro des Vereins in der Chikenstreet: sechs Männer, zwei Frauen, drei weitere Helfer aus Kabul.

Gemeinsames Gespräch mit:

Herrn Khalil, Schulleiter der Mädchenschule in Ghazni, die während der Taliban-Zeit mit zunächst 20 Schülerinnen gegründet wurde. Inzwischen sind es 500. Sie brauchen ein neues Gebäude, das ca. 120.000 Dollar kostet.

Masuda Kalil, Tochter des Schulleiters, jetzt 19 Jahre alt, erstes Abitur in der Schule gemacht und jetzt selbst Lehrerin.

Dr. Wakil, medizinische Koordinatorin in Peshawar in Pakistan, im dortigen Lager für afghanische Flüchtlinge.

Herr Halim, mit weißem, langen Bart, Apotheker für verschiedene Organisationen, für **UNHCR**, den afghanischen Frauenverein und andere Frauenorganisationen.

Herr Moktar, Objektleiter des Vereins für Afghanistan.

Herr Halil, Projektleiter in Ghazni; koordiniert und bringt Rechenschaftsberichte nach Kabul: „Der Weg ist sehr gefährlich.“

Frau Nasrin Roschani (das Licht): Schneiderin und Lehrerin, auch während der Taliban-Zeit hat sie gearbeitet und damals die Schule mit 209 Schülern gegründet; sie bildet jedes Jahr 30 Schneiderinnen aus. Heute hat die Schule über 500 Schülerinnen, 14 Lehrerinnen und einen Lehrer.

Herr Safi, Koordinator des Kabuler Büros.

Frau Dr. Kaltenbrunn, von ZIM u. GTZ mit Frauenverein, seit 20 Jahren in Afghanistan aktiv.
Frau Abdas, Vereinsmitglied auch bei ZIM, kommt aus München, Familie in Prag.

Sie berichten:

Zwar gab es in Ghazni auch während der Taliban-Zeit Mädchenschulen, aber unter sehr strengen Auflagen und oft nur privat bei einer Lehrerin zuhause, also eher heimlich. Während dieser Zeit haben viele Mädchen allenfalls bis zur 3. Klasse eine schulische Bildung erhalten.

Jetzt haben die Taliban erlaubt, dass Mädchen bis zur 6. Klasse (im Alter von 12 bis 13 Jahren) Schulbildung bekommen. Alle Gehälter zahlen die Taliban aus, die sie vorher von den Eltern eingesammelt haben. Die Taliban verteilen Bücher, die oft aus der Königszeit stammen. Physik und Biologie werden unterrichtet. Es gibt keine neuen, aktuellen Schulbücher, diese sind zu teuer. Die Lehrerinnen wurden auch von den Taliban ausgesucht.

Die Schule des afghanischen Frauenvereins liegt im Zentrum von Ghazni-Stadt. Verwaltung und Lehrer arbeiten unabhängig und stehen nicht unter der Kontrolle der Taliban. In dieser Schule können Mädchen auch das Abitur machen. Es gibt sogar pädagogische Hochschulkurse. In der ganzen Provinz gibt es insgesamt vier Mädchengymnasien und fünf Realschulen. Für Frauen stehen beruflich nur wenige Möglichkeiten zur Auswahl: Beamtin, Schneiderin oder Alphabetisierungskurse als Bildungsmaßnahme.

Dem afghanischen Frauenverein ist eine gute Qualität der Schulen sehr wichtig; zwar findet täglich „Koran-Unterricht“ statt, jedoch haben die Kinder und Jugendlichen auch andere Fächer. Die Fächer Physik und Biologie werden nun auch unterrichtet. Dagegen fehlten in den Schulen der Taliban meist geistes- oder naturwissenschaftliche Fächer.

Zur Einschätzung der Sicherheitslage erklären sie die Lage in Ghazni:

Vor den Schulen sind Wächter postiert. Aber sonst gibt es keine Sicherheitsmaßnahmen. Sie haben Verbindung zu Kontaktpersonen der Taliban. Die Schule ist sehr beliebt in der Bevölkerung, und sie haben die Unterstützung der Dorfältesten. Das ist ihr wichtigster Schutz.

Die Sicherheitslage sei in Ghazni-Stadt relativ gut, nicht aber auf dem Land. In jedem Distrikt gebe es zwei bis drei verschiedene Gruppen von Taliban, daher sei die Lage unübersichtlich und kompliziert. Von 2001 bis heute habe ISAF versucht, die Taliban zu vertreiben: Aber es seien sogar mehr Taliban geworden. Das liege vor allem auch an der hohen Arbeitslosigkeit. Die Taliban erhielten derzeit immer mehr Zulauf von Arbeitslosen. Nicht nur aus Saudi-Arabien, auch aus den USA kämen Sold-Zahlungen für die Taliban-Gruppen. Kritisiert werde zudem, dass afghanische Flüchtlinge oft keinen Studienplatz in Afghanistan bekommen, Pakistaner schon.

Mittags treffen wir den Journalisten Ulrich Tilgner zum Gespräch.

Nachmittags: Gespräch mit dem deutschen Botschafter Rüdiger König, gemeinsam mit MdB Ute Koczy (Bündnis 90/Die Grünen)

Derzeit gebe es eine Krise des Parlaments sowie der Banken. Das Land werde dadurch zusätzlich destabilisiert. Präsident Karzai sei derzeit sehr unzufrieden, weil sich die unabhängige Wahlkommission gegen ihn durchgesetzt habe (neun Abgeordnete wurde das Mandat aufgrund von Wahlfälschung aberkannt). Im Parlament gebe es große Unzufriedenheit: Ein Teil der Parlamentarier wollte keinen Austausch der Abgeordneten, während der andere Teil die Fehler aus dem Wahlbetrug beheben wollte. Die Krise sei nach der Entscheidung der Wahlkommission fast überwunden.

Die Bankenkrise sei noch nicht gelöst, da die Kabul-Bank erst ein neues IWF-Programm bekomme, wenn die Probleme wie Korruption und ineffektive Strukturen beseitigt sind. Viele Geber hätten dies zur Voraussetzung für weitere Zahlungen gemacht. Es gebe keine vernünftige Bankenaufsicht. Die Verunsicherung in der Bevölkerung sei groß.

Die Bankenkrise habe auch Auswirkungen auf die beiden anstehenden wichtigen Konferenzen in Istanbul (im November) und in Bonn (im Dezember). Solange dieses Problem nicht gelöst sei, sei auch ein erfolgreicher Abschluss der Konferenzen ungewiss.

„Bonn II“ solle aber die Plattform bieten, um den Rahmen für die Zeit nach 2014 zu entwickeln, daran wolle die EU mitwirken und eine Roadmap für 2014 mit den Afghanen für eine Partnerschaft und neue Absatzmärkte erstellen. Er bekräftigte, dass man Afghanistan nicht alleine lassen wolle nach dem Abzug der ausländischen Truppen. Je weniger Soldaten im Land seien, desto stärker werde die internationale Aufmerksamkeit nachlassen. Das jetzige Ziel sei es, dass Afghanistan nach 2014 die eigene Sicherheit garantieren könne.

Die Sicherheitslage sei paradox. In den letzten acht Monaten seien die Anschläge und Vorfälle leicht zurück gegangen, jedoch sei das Sicherheitsgefühl der Afghanen schlechter geworden. Das Jahr 2007 sei ein Wendepunkt gewesen. Bis 2006 wurden die Taliban zurückgedrängt. Danach musste man offensiver werden. Die Counter Insurgency-Strategie der USA von 2009/10 zeige nun erste Erfolge. Es sei zu klären, welche Kontakte zu den Taliban wichtig und ob die Vermittler bisher seriös seien. Zwar sei die Verhandlungsbereitschaft bei den Taliban gewachsen, aber die Frage stehe im Raum, wieviel Unabhängigkeit sie hätten, um Zusagen zu machen. Deutschland müsse versuchen zu vermitteln, weil die Afghanen den Deutschen vertrauten.

Treffen mit einem Abgeordneten aus Kandahar

Wir treffen ihn abends mehrere Stunden im Hotel. Er ist einer von elf Abgeordneten aus Kandahar.

Dorfälteste, Taliban, Hizb-e-Islami und Hekmatyar: Alle müssten an einen Tisch; aber deren Vertreter trauen sich auch nicht. Außerdem sei dieser Prozess nicht auf kleiner Ebene zu regeln, es brauche internationalen Druck. Alle über 1000 wichtige Männer im Land müssten eingebunden werden, nur so finde man einen Konsens.

Mal gewinne die eine und mal die andere Seite. Es gebe viele zivile Opfer. Die Leute seien kriegsmüde. Besonders nachts sei es viel zu gefährlich. Die Menschen werden zwischen den Kriegsfronten zerrieben, es brauche dringend einen Waffenstillstand.

Die Staaten Indien und Pakistan müssten sich bereit erklären, Frieden zu halten, die afghanische Regierung müsse in Afghanistan ein Gleichgewicht zwischen den beiden schaffen. Dies sei die wichtigste Voraussetzung. Auch müsse es Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran geben. Die internationale Gemeinschaft müsse auf Pakistan Druck ausüben.

Der US-Botschafter solle mit Pakistan sprechen, um endlich zu erfahren, ob und welche Verbindungen Pakistan zu den Taliban habe. Der Einfluss des Iran sei seit Jahrhunderten gewachsen. Teile der Taliban wollten unabhängig werden, aber Mullah Omar übe Druck auf sie aus. Daher müsste die EU vermitteln.

Rangin Spanta habe bei seinem Besuch in den USA mit diesen dauerhafte Militärbasen in Afghanistan verabredet.

Es gebe derzeit viele Probleme im Land: Die Krise der Kabul-Bank; die große Ratsversammlung der Friedens-Jirga funktioniere nicht gut. Es gebe kaum strategische Abstimmungen mit den USA. Und das Parlament sei tief gespalten. Das Parlament habe die große Friedens-Jirga abgelehnt auch wegen Rabbani, aber die Regierung habe sich durchgesetzt.

Nach afghanischer Verfassung müsste die große Friedens-Jirga gewählt werden; neben den 34 gewählten Provinzräten seien auch 84 Gouverneure und 300 direkt Gewählte vertreten. Das andere Modell, die sogenannte Traditionelle Friedens-Jirga werde dagegen vom Präsidenten ernannt. Die Verfassung verbiete diese Traditionelle Friedens-Jirga. Die Neutralität der Friedens-Jirga stehe in Frage. Ein Mensch, der Frieden will, müsse solch eine Friedens-Jirga anführen. Daher könne Rabbani dies nicht machen. Er habe sechs Jahre gegen die Taliban gekämpft.

Andererseits sei es gut, dass er dabei sei, weil die meisten Taliban Paschtunen seien. Das Volk der Paschtunen leide am meisten unter der Situation.

Die NATO und die internationale Gemeinschaft würden die Paschtunen oft „verteufeln“.

Montag, 12. September 2011:

Wir fahren mit der Kollegin Ute Koczy und dem deutschen Botschafter in mehreren gepanzerten Fahrzeugen zum Außenministerium und treffen dort zunächst Dr. Rangin Spanta, den nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten und später Mitglieder des Friedensrates und den Außenminister Rassul.

Gespräch mit Rangin Spanta

Als Sicherheitsberater des Präsidenten koordiniert Herr Spanta gemeinsam mit diesem die Außen- und Sicherheitspolitik. Zudem ist er für die Feststellung potentieller und realer Gefahren im Bereich des Inneren, Äußeren und der Verteidigung zuständig.

Der Süden und Südosten Afghanistans sei nicht unter Kontrolle der Regierung. Teile der Bevölkerung seien nicht überzeugt und gewonnen worden. Dort seien die Warlords und eine schwache Regierung. Die Drogenmafia gehöre zur politischen Klasse, überall gebe es Korruption. Es sei seit über 32 Jahren Krieg. Das hinterlasse Spuren in der Gesellschaft. Das Hauptproblem seien die umgebenden Länder. In Pakistan gebe es über 24.000 Madrasas in den Stammesgebieten, mit internationalen Verbindungen in die Golf-Region. Sie produzierten permanent Selbstmord-attentäter. Die Folge sei ein fast dauerhafter asymmetrischer Krieg. Finanziert werde dieser aus den arabischen Ländern, den Emiraten, Dubai, Saudi-Arabien. Von dort kämen auch Kämpfer nach Afghanistan.

Jährlich flössen 200 bis 400 Milliarden US-Dollar aus Drogengeschäften an die Taliban.

Besorgniserregend sei die Gesetzlosigkeit, sie fördere die enorme Korruption. Die Regierung wolle die Gesamtverantwortung bis 2014 übernehmen.

150 Milliarden Dollar würden jedes Jahr für Afghanistan ausgegeben von 49 Staaten. Aber was komme in Afghanistan an? Pakistan habe nun eine strategische Partnerschaft angeboten.

Die Konferenz in Bonn sei sehr wichtig. Afghanistan brauche über 2014 hinaus Unterstützung, auch im Sicherheitsbereich. Daher müsse finanzielle Unterstützung zugesagt werden. Jetzt gebe die afghanische Regierung etwa 10 Prozent der Militärausgaben nur für zivile Maßnahmen aus. Die USA hätten zwar 67 Prozent der Kosten des Wiederaufbaus finanziert, jedoch sei deren Antragsverfahren so kompliziert, dass es wenig effektiv sei.

Und nur 18 Prozent der EZ-Mittel seien bei der afghanischen Regierung angekommen. Was passiere denn mit den restlichen 82 Prozent? Die Korruption werde dadurch nicht weniger. Die Afghanen würden vom Ausland dafür verantwortlich erklärt, obwohl sie auf die restlichen 82 Prozent keinen Zugriff hätten. Die Afghanen wollten ihre Souveränität zurück. Sein Vorschlag für „Bonn II“: Was eingespart würde, sollte in die Entwicklung des Landes fließen. In den USA werde das positiv gesehen. Sie wollten eine Demokratisierung des Prozesses.

Gespräch mit Mitgliedern des hohen Friedensrates: Habibullah Fawzi (Fouzi) und Dr. Golalai Noor Safi (Mitglied der Wolesi-Jirga)

Gespräch mit Herrn Fawzi

Einige der Aufständischen seien bereit, an der Friedenskonferenz in Bonn teilzunehmen. Sie hätten in verschiedenen Provinzen Gespräche aufgenommen. Auch in Kandahar. Gerade jetzt sei eine Gruppe nach Kandahar unterwegs mit Rabani, dem Vorsitzenden des Friedensrates, und führe dort

Gespräche. Die Friedens-Jirga habe die Hoffnung, dass es zu einer Einigung komme. Es sei gut, dass auch Taliban dabei sein können. 16 Personen seien aus der UN-Liste (Terroristenliste) gestrichen worden. Es gebe aber Probleme mit der Sicherheit. Auch aus den Nachbarländern, vor allem aus Pakistan, gebe es positive Rückmeldungen. Es sei richtig, auf Pakistan Druck zu machen. Hohe Talibanführer hielten sich dort auf. Es sei ein aufgezwungener Krieg. Sie hoffen auf die „Bonn II“-Konferenz. Sie hofften, dass an der „Bonn II“-Konferenz die Taliban teilnehmen, anders als bei der ersten Bonn-Konferenz.

Wichtig seien vier Punkte: Übergabe der Verantwortung, Ende des Krieges, Sicherheit der Personen und in den Provinzen.

Wir vereinbaren, das Gespräch im Hotel fortzusetzen.

Gespräch mit Frau Dr. Golalai Noor Safi

Mitglied des afghanischen Parlaments und Mitglied des hohen Friedensrates

Sie dankt Deutschland für den Einsatz und das verlässliche Engagement. Es sei wichtig, den Friedensprozess voranzubringen, daher sei es sehr sinnvoll, dass es nun den Friedensrat gebe. Druck auf Pakistan sei nötig. Dieses Land sei ein sehr wichtiger Gesprächspartner, weil die Taliban heute überwiegend aus Pakistan kämen. Sie sagt: „Dieser Krieg wurde uns aufgezwungen.“

Auch die Länder Saudi-Arabien und die Türkei spielten eine wichtige Rolle.

Wichtig sei außerdem, dass das Militär und die Sicherheitskräfte die Souveränität Afghanistans gewährleisten können. Die Sicherheit in den Provinzen müsse jetzt aufgebaut werden, nicht nur in Kabul.

Auch sie befürworte die Teilnahme der Taliban an „Bonn II“. Bei der damaligen Bonn-Konferenz hätte man schon den Fehler gemacht, diese nicht mitzunehmen. Daher sei der Prozess damals nicht erfolgreich gewesen. Die Warlords dagegen seien beteiligt worden und hätten damals viel Geld und Macht zugesprochen bekommen. Heute beschwerten sie sich, dass sie angeblich nichts bekommen hätten. Die afghanische Regierung müsse entscheiden, wer an der Bonn II-Konferenz teilnehmen solle.

Gruppen, die aktuell Terror begehen, sollten nicht beteiligt werden am Friedensprozess.

Alle seien Kinder des Landes. Man habe gegen die Taliban Krieg geführt. Auch habe es falsche Denunziationen gegeben. Viele Unschuldige seien getötet und verhaftet worden. Abgeordnete aus einer Provinz seien gefangen genommen worden und nach Bagram gebracht worden. Das dürfe nicht sein. Gerade weil die Taliban nicht früher beteiligt wurden, seien sie wieder stärker geworden.

Man müsse ebenfalls den Taliban jetzt eine Chance geben, die noch auf der Terror-Liste der UN seien.

Gespräch mit Außenminister Zaimai Rassoul

Afghanistan brauche Hilfe und eine Roadmap. Gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft müsse eine Analyse erfolgen, was erfolgreich war und was nicht. Sie wollten nicht eine Last auf Dauer sein. Das größte Problem seien die Taliban außerhalb Afghanistans, vor allem aus Pakistan. Wie im Irakkrieg auch müsse nun ein Transition-Programm erstellt werden. Ziel dabei sei es, die Sicherheit selbst im Land zu garantieren. Der Friedensprozess komme nun durch die Friedens-Jirga in Bewegung.

Es sei richtig, dass die Friedens-Jirga rote Linien benenne, wie die Voraussetzung, die afghanische Verfassung anzuerkennen. Es brauche aber auch die Reintegration der Taliban sowie einen Versöhnungsprozess.

Aber auch die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes müssten gelöst werden, sonst würde Afghanistan zurück in einen Bürgerkrieg fallen. Eigentlich sei Afghanistan ein reiches Land, aufgrund der Gas-, Öl- und Lithiumvorkommen. Gerade der Aufbau der Infrastruktur müsse bis 2014 stark gefördert werden.

Die Nachbarländer seien der Schlüssel für die Probleme Afghanistans. Dies solle bei der Bonn II-Konferenz thematisiert werden. Usbekistan, Turkmenistan, Pakistan, Indien, Russland und Afghanistan müssten das Zusammenleben klären. Auch China spiele dabei eine Rolle. Pakistan habe den Kontakt zu den Taliban und dem Terror abgestritten. Das Land habe seine Politik gegenüber Afghanistan nicht geändert.

Die Staaten müssten ihre Wirtschaft zusammenfügen. Für die Konferenz „Bonn 2“ müssten viele Länder zusammenkommen. Der Terrorismus müsse besiegt, die Wirtschaft entwickelt werden und sie müssten von Nachbarn Garantien erhalten. Dann sei er optimistisch.

Frauen würden im Krieg mehr leiden als Männer. Sie müssten an der afghanischen Delegation beteiligt werden, genauso die Zivilgesellschaft. Wenn die Taliban die Verfassung akzeptieren und die Menschenrechte, könnten sie mit unter den Schirm kommen und an der Konferenz teilnehmen.

Gespräch mit Herrn Safi

Wir treffen ihn im Hotel. Er ist Master Advisor of High Commission und Arzt und Physiker für Kernenergie. Er war lange in Europa und arbeitete für das Auswärtige Amt. Seine Mission sei derzeit, zu klären, ob die afghanische Regierung in der Lage sei, die Gelder richtig auszugeben. Zu seinen Aufgaben gehört das Programm zur Rückführung von Kräften mit abgeschlossener Ausbildung aus dem Ausland.

90 Prozent der Bevölkerung seien kriegsmüde. Erst sei der Krieg für die Freiheit von den Sowjets geführt worden. Der Widerstand sei von der ganzen Nation getragen worden. Er sei erfolgreich gewesen. Die Sowjets hätten verloren.

Alle Kriege danach wurden nicht für die Bevölkerung geführt. Es habe nach 2001 die Hoffnung gegeben, dass sich die Lage bessern und das Land wieder aufgebaut würde. Aber dieser Krieg sei nur von wenigen Mächtigen wegen des Profits geführt worden. Arbeitsplätze und Gerechtigkeit seien Möglichkeiten, um Frieden zu bekommen. 60 Prozent seien arbeitslos. Nur die Beamten bekämen regelmäßig Gehalt, daher müsse der soziale Frieden hergestellt werden. Die Taliban könnten die Menschen auf dem Land missbrauchen gerade wegen deren schlechten ökonomischen Lage. Die derzeit aktiven, großen politischen Parteien seien nicht unabhängig.

Sie sähen nur ihren Profit. Es gebe Personen, die für den Frieden etwas tun könnten. Auf den Konferenzen in Tokio, Bonn und London sei kein Platz für sie gewesen.

Dabei müsse man zwei Gruppen unterscheiden: die Opposition und die Kriessgruppe, die wiederum aus zwei Teilen bestehe: zum einen aus den afghanischen Taliban, die auch unzufrieden seien und zum anderen aus extremistische Gruppen, die mit der internationalen Gemeinschaft im Krieg seien und in Verbindung zu Al Qaida stünden.

Die Taliban sollten seiner Meinung nach in Bonn beteiligt werden, aber nicht die Extremisten. Pakistan nehme auf beide Gruppen der Kriegsparteien Einfluss. In den Widerstandsgruppen gebe es aber durchaus Leute, die Frieden wollten.

Es gebe eine Art Pyramide der Aufständischen: Unten sei die ganz breite Schicht der jungen Männer als Kämpfer, darauf kämen die Menschen, die vom Krieg profitieren, und ganz oben befänden sich die „totalitären Ideologen“. Nur wenn alle diese drei Gruppen von der afghanischen Regierung bei den Friedensverhandlungen eingebunden würden, könne es Frieden geben. Die Bemühungen um Frieden und eine bessere Wirtschaft müssten parallel laufen. Dabei spielten

die Technokraten und die Intellektuellen eine wichtige Rolle. Er glaube nicht daran, dass Afghanistan seine Sicherheit ab 2014 selbst herstellen könne. Das brauche Zeit. Die Taliban müssten unabhängig gemacht und deren Sicherheit von der afghanischen Regierung und den USA garantiert werden. Die Wirtschaft müsse entwickelt und die Taliban eingebunden werden.

Abends Essen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, gemeinsam mit Ute Koczy, ausgerichtet durch die Böll-Stiftung; u.a. anwesend war Abdul Wahed Zia Moballegh, Mitglied der unabhängigen Menschenrechtskommission.

Dienstag, 13. September:

Geplantes Treffen mit dem Gouverneur von Paktia, Juna Gul, fällt aus wegen Krankheit.

Gespräch mit Prof. Dr. Wadir Safi

Independent National Legal Training Center, Executive Director, Kabul University, vielgefragter TV-Kommentator. Ich habe ihn im Hotel zum Mittagessen eingeladen.

Er berichtet, er habe gerade gehört, dass Rabbani zurückgetreten sei, bereits vor vier Tagen. Ein Grund dafür sei, dass es zwischen ihm und der afghanischen Regierung einen Konflikt darüber gebe, mit welchen Taliban man sprechen solle. Karzai selbst habe erklärt, nur mit Zustimmung der Regierungsmitglieder seien Gespräche mit diesen möglich.

Es sei fraglich, wen Karzai zur Konferenz „Bonn II“ mitnehme. Abdullah Abdullah habe eine große Partei gegründet, daher glaube er nicht, dass er mitfahren dürfe. Die ganze Delegation sei von der Regierung kontrolliert und auf gerade mal eine wichtige Kriegsgruppe reduziert. Er bezweifle einen Erfolg der Konferenz und fordert, dass die afghanische Regierung in Bonn über die Fortschritte Rechenschaft ablegen solle. Karzai habe keinen Plan und kein Konzept für den Wiederaufbau und den Friedensprozess.

Die Sicherheitslage habe sich verschlechtert, neulich habe es in Wardak einen großen Anschlag gegeben. Er selbst habe in der Nähe von Kabul ein Ferienhaus, wo er mit seiner Familie hinfahre. Er sei seit einem Jahr nicht mehr dort gewesen, weil es zu gefährlich sei. Gerade ab 16 Uhr sei Jalalabad sehr gefährlich, das gleiche gelte für Kunduz.

Der Mord an dem deutschen Geistlichen und dem Vertreter der GIZ sei nicht von den Nomaden begangen worden. Im Kampf seien jetzt viele Gruppierungen. Ausländische Gruppen seien am gefährlichsten geworden. Der Taxifahrer der Deutschen stecke wohl in dem Vorfall mit drin. Vermutlich habe der russische Geheimdienst dies angezettelt, damit der Einfluss Deutschlands nicht größer werde: „Die kriegen Geld, dann machen die das.“ Deutsche seien sehr beliebt. Afghanen vermieten gerne an Deutsche, weil die die Häuser renovierten.

Die örtlichen Taliban warnten ihn: „Pass auf, da ist eine Mine.“ Als die Mujaheddin an die Macht kamen, habe man ihn gekidnappt, sein Haus geplündert und zerstört. Die Taliban hätten das nicht gemacht: „Wir gehören ja zum selben Stamm.“ Vorsicht vor den ausländischen Kräften, da könnten sie ihn nicht schützen.

Es gebe zwei Hauptgruppen von Taliban: die aus Afghanistan und die aus Pakistan. Die Taliban seien ja bekanntlich von den USA bzw. dem CIA an die Macht gebracht worden, Saudi-Arabien und Pakistan würden ihnen Geld und Infrastruktur zur Verfügung stellen.

1997 hätte es bereits ein Treffen mit dem Taliban-Außenminister Motawa Khel auf Initiative von Mullah Omar mit Karzai gegeben wegen einer Ölfirma (Unical). Ein halbes Jahr sei verhandelt worden. Es sei aber nichts zustande gekommen. Es sei um eine Ölpipeline von Turkmenistan nach Pakistan gegangen. Seitdem seien Karzai und Mullah Omar Feinde. Daher glaube er nicht an den Erfolg von „Bonn II“.

Die USA hätten früher viele Dollar in den Aufbau der Taliban gesteckt. Sie unterstützen jetzt die Arbeit der einberufenen Friedens-Jirga mit 180 Millionen Dollar. Die sei aber zum Scheitern verurteilt: „Die stecken das Geld in die eigene Tasche.“

In Doha sei nun ein Büro der Taliban eröffnet worden, damit sie von Pakistan nicht abhängig seien. Viele Taliban, gerade die Gesprächsbereiten, seien in Pakistan verhaftet worden.

Er habe selbst gesehen, wie 1993 bis 1997 tadschikische Kinder mit dem Auto aus Kabul nach Pakistan gebracht wurden. In den Madrasas habe man sie nicht nur religiösem Unterricht unterzogen, sondern auch einer militärischen Kampfausbildung. Diese früheren Kinder seien heute im Norden aktiv.

Auf die Frage, wer denn ein verlässlicher Verhandlungspartner sei, nannte er mehrere Namen: den ehemaligen Außenminister Abdul Wakil, den ehemaligen Botschafter der Taliban in Islamabad, Mullah Saaif, sowie Motawa Khel, der auch ein Jahr in Bagram einsaß. Alle drei Personen befänden sich in Kabul und wären zu Gesprächen bereit. Sie seien nicht die offiziellen Vertreter von Mullah Omar. Sie seien aus der schwarzen Liste herausgenommen und könnten reisen, wohin sie wollten. Die USA hätten Tahib Agha mit nach Amerika genommen für Gespräche. Karzai habe dies erfahren und weitergegeben. Er habe sich bei den USA beschwert, dass er nicht beteiligt sei. Mullah Omar wiederum habe sich bei den USA beschwert, dass Karzai dies in die Öffentlichkeit getragen habe. Die Taliban seien so stark. Wenn NATO abziehe, übernehmen die Taliban Kabul sehr schnell (innerhalb von 24 Stunden). Die afghanischen Taliban würden regional denken, an die Macht im Land, während die Taliban in Pakistan agieren wollen.

Die Taliban seien vor allem in Kandahar und Uruzgan aktiv. Sie würden die Städte nicht mehr angreifen bei dem Abzug der NATO.

Bis 2014 sei niemals die Sicherheit durch afghanische Streitkräfte zu gewährleisten. Sie hätten es in zehn Jahren nicht geschafft und würden es auch nach 13 oder 14 Jahren nicht schaffen. Aus mehreren Gründen: Die ANA sei nicht gut genug ausgebildet, genauso wenig wie die Polizei: Man könne ihnen nicht vertrauen. Sie seien nicht motiviert und kampfbereit. Warum sollten sie für diesen Präsidenten Karzai ihr Leben opfern? Die Männer gingen zur Polizei, weil sie Geld bräuchten. Die Polizeiarbeit sei sehr gefährlich.

Während des Gesprächs erhält Herr Safi einen Anruf. Es habe einen Anschlag gegeben ganz in der Nähe. Die Schießerei an der US-Botschaft dauere an. Er erhält weitere Anrufe von Verwandten, die sich Sorgen machen. Wir hören die Hubschrauber über dem Hotel anfliegen. Auch bei anderen Gästen klingeln die Handys. Aufregung ist kaum zu spüren. Herr Safi berichtet sachlich über die neuesten Informationen: Es habe drei Selbstmordattentate gegeben und noch immer seien Feuergefechte im Gange. Er redet wie über ein Gewitter in der Nachbarschaft. Er scherzt über das Verkehrschaos und die Straßenkontrollen und lacht dabei. Galgenhumor? Schließlich verabschiedet er sich und geht zum Auto.

Der Leiter der Abteilung für Ausbildung bei der Kabuler Polizei, Noor Sediqui, hatte keine Zeit mehr für ein Treffen wegen der Anschläge. Das war verständlich.

Weiteres Gespräch mit Habibulla Fawzi

Von 14.00 bis 16.15 Uhr treffen wir ihn nach dem Gespräch vom Vortag erneut im Hotel Serena.

Er beobachte, dass alle Parteien kriegsmüde seien. Er betont, sie wollten keinen Krieg. Die ganze Nation und die Taliban hätten immer gefordert, die ausländischen Mächte müssten abziehen. Man müsse mit den Taliban in Verbindung treten. Sie wollten das jetzt auch. 16 Leute seien aus der schwarzen Liste gestrichen worden, darunter auch er selbst. Das gebe Hoffnung. Man könne zu einer schnellen Einigung kommen. Die Taliban seien gesprächsbereit. Es gebe große Hoffnung, dass

in Afghanistan Frieden komme. Das wichtigste sei die Zusammenarbeit mit Pakistan. Sie könnten Frieden machen, wenn die internationale Gemeinschaft ehrlich sein werde. Wenn eine Einigung nicht zustande komme, könne Afghanistan zum Zentrum von Al Qaida werden.

Mit vielen Taliban sei man schon im Gespräch. Afghanistan, Pakistan und die USA seien an Gesprächen beteiligt. Es habe Treffen mit dem Präsidenten Pakistans, dem Armee- und Geheimdienstchef mit Präsident Karzai gegeben. Sie hätten die Pakistaner gebeten, dass sie „uns“ unterstützen. Karzai sei in Saudi-Arabien gewesen, um zu verhandeln. Auch dieses Land habe versprochen, den Friedensprozess zu unterstützen. Das Allerwichtigste sei aber, dass Pakistan nicht dagegen arbeite. Auf meinen Einwurf, ob ISI nicht dagegen und die eigentliche Macht sei, sagt er. „Sie haben Recht. Die ganze Entscheidungsmacht in Pakistan liegt beim ISI.“ Deshalb glaube er nicht so richtig an die Versicherungen der Regierung.

Das Büro in Doha sei noch nicht eröffnet. Es gebe Leute, die aus Guantanamo entlassen seien, die dies machen könnten. Wichtig sei jetzt, dass die Taliban ihre Vertreter benennen. Das aber sei noch nicht geschehen.

Aber er habe einen Vorschlag: Wenn die Taliban, die hier seien, an der Macht beteiligt würden, wäre das schon sehr gut. Auch wenn sie nicht benannt seien. Man hätte sie schon früher in die Regierung integrieren sollen. 30 bis 40 gebe es schon hier, die aus Guantanamo gekommen seien. Das seien der frühere Außenminister, der Botschafter und der Wirtschaftsminister. Er selbst sei Präsident für internationale Beziehungen und Botschafter von Afghanistan in Saudi-Arabien gewesen. Alle die würden ebenso als Verhandlungspartner in Frage kommen. Seiner Meinung nach sollten die Taliban eine Legislaturperiode lang an der afghanischen Regierung beteiligt werden, dann wäre der Krieg vorbei. Man hätte den Außenminister und den Wirtschaftsminister der Taliban schon früher von den schwarzen Liste der UN streichen sollen, dann wären die Verhandlungen heute schon weiter.

Verhandlungen würden auch international geführt werden, vor allem ein deutsches Engagement würde begrüßt werden, weil die Taliban der Meinung seien, die Deutschen würden keine eigenen Interessen verfolgen.

Auf die Frage von mir, ob auch im Norden Verhandlungen geführt werden sollten, meint er: Gut wäre auch, wenn regional schon Vereinbarungen getroffen werden könnten, wie etwa in Kunduz. Die Deutschen hätten immer ein gutes Verhältnis zu Afghanistan gehabt. Er persönlich sei auch in Deutschland gewesen. Er habe große Hoffnungen, dass der Krieg bald zu Ende gehe. Auf die Frage, warum es dann trotz der Gesprächsbereitschaft so viele weitere Anschläge von Seiten der Taliban gebe, sagte er, dass die Regierung Karzai kein System habe, keine Gerechtigkeit schaffe, nur Korruption betreibe und trotz so vieler Gouverneure und Ministerien keine Sicherheit für die Menschen garantiere. Die Taliban dagegen hätten damals für Sicherheit und Recht gesorgt. Auch er könne jetzt selbst nicht mehr einfach so mit dem Auto fahren. Er könne nicht nach Ghazni reisen, weil es unterwegs viele Kriminelle gebe, die sich auch Taliban nennen.

Heute seien die Taliban eine heterogene Gruppe mit vielen verschiedenen Interessen. Am Anfang des Krieges sei dies anders gewesen. Es gebe heute kein verlässliches Rechtssystem.

Zwischenrein schaut er auf sein Handy und erhält wohl Nachrichten von den Ereignissen draußen in der Stadt. Er beruhigt uns wieder und versichert, er könne länger bleiben, wenn wir es wollen. Er versichert, er würde uns schützen, vor allem die junge Frau (zeigt auf Katrin Schmidberger).

Die USA hätten sich gegen die Kultur in Afghanistan versündigt. Die Soldaten würden einfach nachts in Häuser eindringen und sogar die Betten der Frauen durchsuchen. Dies verstoße gegen die afghanischen Traditionen. Er wolle, dass die NATO endlich abziehe.

Nachbarstaaten wollten den Krieg und die Niederlage der NATO, keine Problemlösung. Das sei das Problem.

Die Taliban würden sich nach Verhandlungen an Absprachen halten. Wichtig sei, dass die Bevölkerung in der Regierung repräsentiert werde, dass die wirtschaftliche Lage der Zivilbevölkerung besser werde, statt 80 Milliarden US-Dollar zu veruntreuen. Seiner Meinung nach seien die internen Konflikte größer als die mit der internationalen Gemeinschaft.

In der Taliban-Zeit habe es Sicherheit gegeben. Heute geschehe den Verbrechern nichts. Niemand werde verfolgt wegen seiner Straftaten. Die Taliban hätten Gerechtigkeit gebracht. Wenn jemand getötet wurde, sei der Täter gehängt worden. Wenn jemand gestohlen hatte, sei die Hand abgehackt worden. Größte Verbrecher kriegten heute keine Strafe. Sie hätten kein Innenministerium, kein Sicherheitsministerium gehabt. Sie bräuchten das nicht. Trotzdem hätte es Sicherheit gegeben.

Die Taliban wollten eine gerechtere Verteilung des Reichtums und Gerechtigkeit für all die Toten sowie ein funktionierendes Rechtssystem, um Kriminelle und Verbrecher zu bestrafen. In der Regierung seien Leute, die Tausende Zivilisten umgebracht hätten. Die Taliban seien nicht das Problem.

Sie hofften, dass wir ihnen eine starke Regierung geben bei der „Bonn II“-Konferenz. 20 Männer, die sich an der Friedens-Jirga beteiligen wollten, seien umgebracht worden. Die Regierung habe sie nicht schützen wollen. Auch für die Ministerien würden nur Leute eingestellt, die Verbindungen zur afghanischen Elite hätten.

Auf meine Frage nach den Rechten der Frauen auf Bildung, Mädchenschulen, Beruf, Beteiligung am öffentlichen Leben sagt er:

Die Taliban würden mittlerweile auch Frauen zur Schule schicken. Er selber habe drei Töchter als Talib: Eine davon studierte an der medizinischen Fakultät und sei nun verheiratet. Die zweite habe schon Abitur gemacht, die dritte solle auch noch Abitur machen. Keiner sage, die Frauen sollen keine Bildung haben. Im Koran stehe, Bildung ist Pflicht für Mann und Frau. Es gebe nur zwei Posten, die nach dem Islam nichts für Frauen seien: Präsident und Richter. Frauen hätten nämlich ein weiches Herz und könnten nicht die Todesstrafe verhängen. Sie seien auch nicht hart genug für die Regierung. Sie seien zu milde.

Taliban hätten auch Mädchenschulen zugelassen, z.B. die, die Deutschland gebaut hätte. Die Hälfte des Koran sei von Frauen mitgeschrieben worden. Auch Mullah Omar habe gegen Schulen nichts. Es seien auch privat Schulen für Frauen eingerichtet worden.

Das Problem seien nicht die starken Taliban, sondern die schwache Regierung.

Auf meine Frage zur Situation 2001, als die USA die Auslieferung Bin Ladens und Schließung der Lager von Al Qaida verlangten: Es sei gegen das Gastrecht gewesen, dass man jemand ausliefere. Im Ersten Weltkrieg seien auch keine Deutschen an die Alliierten ausgeliefert worden. Außerdem hätten die Taliban Beweise verlangt gegen Osama. Es sei darum gegangen, ob er schuldig sei oder nicht nach islamischem Recht.

Die USA seien nicht am Dialog interessiert gewesen, nur an Gewalt-anwendung. Das Gastrecht aber sei für sie wichtig. Danach sei von den USA eine einseitige Regierung eingesetzt worden. Sie hätten eine starke Regierung bilden sollen unter Beteiligung aller.

Es bestehe keine große Hoffnung, dass es bis 2014 besser werde.

Gespräch mit Rahela Sediqi

Sie kommt etwas verspätet und berichtet, dass sie 40 Kontrollen passieren musste. Sie bezeichnet sich als Frauenaktivistin. Sie organisiert landesweit Treffen und Zusammenschlüsse von Frauen.

Mullah Omars Botschaft sei damals gewesen, dass es keine ethnischen Unterschiede geben solle. Eine Äußerung von ihm, dass auch Frauen Bildungschancen bekommen sollten, kenne sie nicht. Sie damals selbst habe mit der Talibanregierung verhandelt und auch Privatschulen gehabt, die offiziell nicht erlaubt waren, aber in Privathäusern dann geduldet wurden.

Während der Taliban-Zeit habe sie bis zu 25.000 Frauen ausgebildet bzw. mit ihnen zusammen gearbeitet. Je strenger eine Gesellschaft sei, desto wichtiger seien dann persönliche Kontakte. Viele von diesen Frauen hatten dann hohe Stellungen. Sie hätte 50 Nudelfabriken in Kabul, in Mazar und 40 in Herat gegründet. 50 Frauen hätten jeweils vormittags und 50 nachmittags gearbeitet. Sie habe auch Frauen zu Führungskräften ausgebildet.

Auch sie habe eine Burka getragen bei den Verhandlungen mit den Taliban; diese wären dann zwei Tage zur Beobachtung geblieben und hätten sie danach weiter Frauen schulen lassen.

Sie habe einmal auf einer Reise nach Islamabad einem Talib englisch beigebracht, dadurch sei Vertrauen entstanden. Der persönliche Kontakt habe ihr sehr weitergeholfen. Der habe sie dann nachgefragt über ihre Schule, freundschaftliche und verwandtschaftliche Verhältnisse. Die Dorfältesten seien auch zum Teil Anhänger der Taliban. Die Grenzen zwischen Taliban und Nicht-Taliban seien fließend. Alles laufe über soziale Kontakt. Sie erzählt von einer Verhaftung bei einer Reise nach Farhab, um Frauen dort zu unterstützen. Sie wurde nur freigelassen, weil sie den Gouverneur kannte. Es laufe eben alles über Beziehungen.

Ihrer Meinung nach sei es besonders wichtig, jetzt nicht nur die Zivilgesellschaft, die Provinzen oder die Regierung zu unterstützen, sondern vor allem die „sozialen Aktivisten“, Menschen, die in sozialen NGOs und Initiativen lokal aktiv seien. Vor allem Frauen und junge Leute müssten nach „Bonn II“ kommen dürfen und dort mit den Politikern sprechen. Die „Graswurzel-Bewegungen“ müssten endlich gehört werden. Sie werde nun versuchen, diese Gruppen zusammenzubringen, dies sei die Voraussetzung für Entwicklung und Frieden. Es gebe viele Frauenorganisationen der verschiedenen Kategorien. Am nächsten Tag werde sie zu einer Versammlung von 130 Frauen aus allen Regionen und Provinzen gehen. Dort wollten sie sich jetzt vernetzen. Sie alle hätten große Angst vor einem Abzug der ISAF-Truppen, denn sie befürchten Chaos und Bürgerkrieg.

Aber ebenso müssten Polizei und Armee endlich besser ausgebildet werden. Dies sei die wichtigste Voraussetzung für Sicherheit im Land, damit Frauen und junge Leute nicht das verlieren, was sie in den letzten Jahren erreicht haben. Es brauche auch mehr Jobs für junge Leute.

Sie müssten sich gegen die Korruption und Schwäche der Regierung wehren. In diesen Punkten müssten die Afghanen gemeinsam mit der Internationalen Gemeinschaft arbeiten. In die junge Generation und in Frauen müsse investiert werden. Nur so habe Afghanistan eine Zukunft. Sie hofft ab 2014 auf eine gute Regierung.

Bei der „Bonn II“-Konferenz müssten alle beteiligt werden, nicht nur Parlament, Regierung und Distriktregierungen, sondern auch die Zivilgesellschaft und die sozial Aktiven. Man müsse die Leute von der Basis sammeln und zusammenholen.

Sie sei auch bei „Bonn I“ gewesen. Da habe es nur ganz wenige aus der Zivilgesellschaft gegeben.

Gespräch mit Abdul Qadeer Karyab

Mitglied von Hizb-e-Islami, ehemaliger Bürgermeister von Jalalabad.

Bis vor zwei Monaten arbeitete er bei der UN im Bereich Umwelt, war in den 80er Jahren Vorsitzender der politischen Führung von Hizb-e-Islami und Vertrauter von Hekmatyar. Heute ist er beim Wirtschaftsministerium Berater für den Minister. Er studierte englische Literatur und islamische Gesetze. An den Gesetzen für den Umweltbereich hat er mitgearbeitet.

(Ein Teil dieses Gesprächs konnte nicht in die offene Fassung des Berichts aufgenommen werden.)

Die Sicherheitslage im Land sei jedes Jahr schlechter geworden, nicht nur trotz, sondern auch weil sich die Kriegstaktik verändert habe. Die Taliban würden nun wieder mehr in die Städte eindringen, um Selbstmordanschläge zu verüben schon wegen der schlechteren Bewaffnung als die NATO. Es sei kein Gleichgewicht in der Regierung zwischen den einzelnen teilweise verfeindeten Kräften. Es seien auch zu wenig Parteien und Gruppierungen an „Bonn II“ beteiligt. Dies sei schon der Fehler von „Bonn I“ gewesen.

Die Taliban hätten sich erst wieder sammeln und rekrutieren müssen, nun seien sie wieder stärker. Man müsse die Taliban beteiligen, weil die Mehrheit der Afghanen das wolle. Sie gehörten zur afghanischen Gesellschaft.

Zu den westlichen Länder stelle sich die Frage, welche Interessen die eigentlich verfolgen. Das strategische Interesse der USA sei hinderlich. Der Westen sage zwar offiziell, es ginge um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber um was geht es ihnen wirklich? Die USA wollten Afghanistan nutzen wegen der geostrategischen Lage des Landes. Um Afghanistan herum befänden sich schließlich fünf atomare Mächte. Im Pamir-Gebirge wollten die USA eine Basis bauen, um die Region zu dominieren. Wenn wir Frieden wollen, müssten die Afghanen mit Pakistan sprechen, damit die Taliban mit an den Verhandlungstisch kommen. Diese hätten sogar schon ein Konzept dafür erarbeitet. Darum sei es wichtig, dass „Bonn II“ zusammen mit den Taliban stattfinde.

Bei den Taliban gebe es vier Gruppierungen, die erste und zweite halten sich in Pakistan auf. Mit diesen Leuten müsse gesprochen werden. Auch Mullah Omar müsse beteiligt werden. Eine Entscheidung ohne ihn sei undenkbar.

Deutschland müsse sich mehr am Friedensprozess beteiligen und die Haftung übernehmen, damit die Taliban eingebunden werden. Falls sie in die Regierung kämen, werde es Abstriche bei den Frauenrechten geben, dafür aber Frieden. Sollte die NATO 2014 abziehen, würden die Taliban Kabul wieder zurückerobern – auch weil die afghanische Armee und Polizei schlecht ausgebildet sei. Es gebe dort keinen Kampfgeist. Die würden fliehen, weil sie nicht hinter der Regierung Karzai stünden. Deshalb sei er gegen einen sofortigen Abzug der internationalen Truppen.

Vor sechs Jahren hätte sich Hizb-e-Islami offiziell als Partei gegründet und verstünden sich als politische Vertretung der Interessen von Hekmatyar. Sie seien Erzfeinde von Rabbani und Massoud aufgrund der Geschichte. Sie respektierten aber die Verfassung Afghanistans.

Das jetzige Parlament sei ein Chaos. Dort werde über die Gültigkeit der Wahl einzelner Abgeordneter, über Ministerbestätigungen und die Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts gestritten. Ohne die Unterstützung der Hizb-e-Islami hätte Karzai die Wahl nicht gewonnen. Jetzt unterstützten sie ihn aber nicht mehr. Er habe zu viel versprochen, aber nicht eingehalten, etwa bezüglich der Anzahl von Posten von Minister, Senatoren und Botschafter.

Seine Partei stelle den Wirtschaftsminister der Regierung Karzai. Dieser sei der einzige Minister in der Regierung. Ein weiteres Mitglied sei stellvertretender Minister für Bergbau. Dudin aus dieser Gruppierung sei ein Vertreter Rabbanis in der hohen Friedens-Jirga.

Vor sechs Jahren sei seine 6-er Gruppe offiziell anerkannt worden. Sie hatte im letzten Parlament 40 Abgeordnete. Jetzt seien es 30. Mehrere Gewählte wurden nicht anerkannt. Sie würden aber für Bündnisse bis zu 60 Abgeordnete zusammenbringen. Er sei im Exekutiv-Komitee und dessen Präsident. Mit Hekmatyar hätten sie keine Verbindung. Er vertrete diesen auch nicht. Hekmatyar finde Selbstmordattentate gar nicht richtig. Es stimme, dass Teile der Hekmatyar-Miliz im Norden die Waffen bei den Deutschen niedergelegt haben. Das sei vor einem Jahr in Baglan gewesen. Hekmatyar-Leute hätten ihre Waffen abgegeben, ebenso in Wardak. In einigen Provinzen kämpften sie noch.

Mittlerweile seien die Hekmatyar-Leute und die Taliban sogar Gegner, weil sie Hekmatyars Verständnis des Islam ablehnten.

Trotzdem seien sie dafür, dass die Taliban an allen Verhandlungen über eine große Lösung beteiligt werden und auch an der „Bonn II“-Konferenz. Dann wäre alles besser. Man müsse sie beteiligen. Wenn Deutschland sich für eine Beteiligung der Taliban stark mache, würde das Land hohes Ansehen in der ganzen Region gewinnen. Die Taliban seien doch viel ungefährlicher, wenn sie in der Regierung vertreten seien. Es gebe dann viel eher Frieden.

Hekmatyar respektiere freie Wahlen, Demokratie, Frauenrechte, Berufstätigkeit und Studium für Frauen und wolle mit allen Nachbarn Frieden. Sie, die *Hizb-e-Islami* hätten die Grundzüge der Verfassung akzeptiert. Sie seien für die Frauenrechte, die Menschenrechte und Demokratie. Hekmatyar wolle Frauen nicht einsperren. Bei Hizb-e-Islami seien sogar Hindus Mitglied. Alle Ethnien seien vertreten. Sie versuchten nun auch, mit der Nordallianz auszukommen.

Wenn die ausländischen Soldaten bis 2014 weg seien, würden die afghanische Armee und Polizei keine Sicherheit schaffen können. Sie seien unterlegen. Sie hätten keinen Kampfgeist wie die Taliban. Sie würden nicht ihr Leben für Karzai riskieren, sondern dann einfach desertieren. Deshalb sei er auch nicht dafür, dass die ausländischen Soldaten ohne Weiteres abzögen, sondern sie sollten länger bleiben. Das sei nötig, damit der Abzug gut gehe und das ganze Problem gelöst werden könne. Die Nord-Allianz habe gute Verbindungen zu Iran und Russland und würde von denen unterstützt. Er sehe keinen Sinn darin, dass das US-Militär auf Dauer bleibe. Aber ohne jede Unterstützung aus dem Ausland schafften sie es jetzt nicht.

Die Taliban wollten immer in einer Region die Regierung stellen. Das gehe aber nicht.

Eigentlich sei es nur sinnvoll, mit den Taliban, die sich in Pakistan aufhalten, zu verhandeln. Allerdings hätten die Taliban-Vertreter beim Geheimdienst ISI in Pakistan nichts zu sagen. Wenn auf Pakistan nicht genügend Druck gemacht werde, gebe es keine Lösung. Die Taliban dürften zwar verhandeln, aber die letzte Entscheidung dürften sie nicht treffen. Das würde Pakistan nicht zulassen. Es gebe drei Stufen von Taliban-Vertretern. Vielleicht sei richtig auch mit Taliban in Kabul zu reden. Wenn sie dies fordern, dann solle man es tun. Das sei immer gut. Die Taliban in Kabul hätten kein großes Ansehen.

Die Verhandlungen müssten mit den Leuten geführt werden, die noch auf den schwarzen Listen der UN geführt werden. Deshalb müssten diese von der Liste gestrichen werden. Sonst ginge es ihnen wie Mullah Berader. Der wollte mit Karzai verhandeln. Er wurde jedoch vom ISI ins pakistanische Gefängnis gesteckt, wo er sich noch heute befinde.

Afghanistan sei in einer Sackgasse. Deshalb müsste man die bewaffneten Gruppen unbedingt einbinden.

14. September 2011.: Um 5.30 Uhr fahren wir mit einem Botschaftswagen an zahlreichen Militärposten vorbei zum Flughafen. Ein langer US-amerikanischer Konvoi kam uns entgegen. Der Flug ging über Dubai nach Frankfurt und weiter nach Berlin.



Kabul 13. September 2011. Basar an der leeren Straße morgens bei Abreise.